



Resolution zur 7. Sitzung des Studierendenparlaments (20.01.2025)

Die folgende Resolution soll – nach erfolgreichem Beschluss – auf der Webseite und den Social Media Kanälen des AStAs veröffentlicht werden. Zudem soll eine Übersendung an das Präsidium der Goethe-Universität erfolgen mit der Bitte um Stellungnahme.

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Solidarität mit der Konferenz „Talking about Palestine“ – Für kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Lage in Palästina und Israel an der Goethe-Universität

Am 16. und 17. Januar fand in Frankfurt die wissenschaftliche Konferenz „Talking about (the Silencing of) Palestine“ statt. Zwei Tage lang diskutierten international erkannte Wissenschaftler:innen über die Lage der Menschen in Palästina und die israelische Besatzungs-, Apartheids- und Kriegspolitik, über Geschichte und Völkerrecht, Genozid- und Holocaustforschung, Rassismus und Antisemitismus, Wissenschaft und Politik. Darüber hinaus wurde darüber wie gesprochen, wie beides in Deutschland wissenschaftlich diskutiert wird – oder eben auch nicht, d.h. wie Hochschulen und Wissenschaftler:innen sich in Schweigen hüllen und/oder andere systematisch zum Schweigen bringen. Ironischerweise traf dieses „Silencing“ nun auch die Konferenz, die ebendies anprangerte, selbst. Die Räume an der Goethe-Universität, die die Organisatoren (zu großen Teilen Studierende der Goethe-Uni) angefragt hatten, wurden ihnen verweigert. Wieder einmal wurde damit versucht der kritischen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Lage in Palästina und Israel einen Riegel vorzuschieben.

Die öffentlichen Äußerung des Präsidiums, die Veranstalter hätten den Raumantrag zurückgezogen, ist irreführend. Richtig ist, dass das Präsidium die Konferenz durch die Einstufung als „externe Veranstaltung“ – im Gegensatz zu vergleichbaren wissenschaftlichen Konferenzen – aktiv blockiert hat. Durch diesen bürokratischen Mechanismus konnten einerseits von den Veranstaltern hohe Ausrichtungskosten verlangt, andererseits die Umsetzung als zu kurzfristig ausgeschlossen werden. Es ist anzunehmen, dass hinter dieser

bürokratischen Fassade politische Motive stecken. Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Hessen, Uwe Becker, hatte die Konferenz bereits im Vorlauf als „Wanderzirkus bekannter Israelhasser“ diffamiert.

Die Verweigerung von Räumlichkeiten für die Konferenz ist ein neues Kapitel in der Unterwerfung des Präsidiums unter die deutsche Staatsräson und die Kollaboration mit den Angriffen der Regierung auf die Wissenschaftsfreiheit, wie sie die „Antisemitismus“-Resolutionen des Bundestags verkörpert (siehe Beschluss vom 17.12.2024). Wir schließen uns der Kritik von wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Goethe-Universität an. Wir erinnern das Präsidium der Goethe-Universität an ihre Selbstverpflichtung zur Zivilklausel, „dass Lehre, Forschung und Studium zivilen und friedlichen Zwecken dienen“ sollen. Das beinhaltet aus unserer Sicht die Förderung des internationalen wissenschaftlichen Austauschs zur Lage in Palästina und Israel – eine Notwendigkeit, der sich die Universität seit über einem Jahr größtenteils verschließt und dessen Realisierung von Studierenden, wissenschaftlich Mitarbeitenden und Professor:innen sie nun aktiv verhindert. Wir erinnern das Präsidium weiterhin an ihr Selbstverständnis als Bürgeruniversität. Wer eine wissenschaftliche Konferenz zur Lage in Palästina und Israel als „externe Veranstaltung“ den regelmäßigen Kongressen der zahlkräftigen Finanzindustrie gleichstellt, versteht nichts vom Sinn der Wissenschaft.

Wissenschaft ist kein elfenbeintürmiger Selbstzweck, sondern kann und muss im Dienste des menschlichen Fortschritts, von internationaler Verständigung und Friedensbildung stehen. Kaum ein Thema ist dringender als die Schaffung einer nachhaltigen Friedensordnung und gleicher demokratischer Rechte für alle in Palästina und Israel. Die Goethe-Universität muss sich schnellstmöglich zur Aufgabe machen, den derzeit unterbrochenen Krieg und Völkermord in Gaza endlich klar zu verurteilen. Zur nachhaltigen friedlichen Lösung des Konfliktes ist es notwendig ihn wissenschaftlich mit einer klaren Friedensperspektive zu erforschen. Hierfür muss die Universität in der Forschung und Lehre Weichen setzen, sowie den Wiederaufbau in Gaza mit den der Universität verfügbaren Mitteln unterstützen.

Begründung: erfolgt mündlich